

Gerald Braunberger:

Soziale Marktwirtschaft im Zeitalter der Umbrüche

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Namen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung darf ich die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 am heutigen Abend nicht nur sehr herzlich grüßen, sondern ihr natürlich auch sehr herzlich zu ihrem 75. Geburtstag gratulieren! Die Wege der Wipog und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sind bekanntlich besonders in unserer beider Anfangsphase eng miteinander verbunden. Ich komme darauf zurück.

Zudem ist mir wohl bewusst, in einer beeindruckenden Tradition zu stehen. Die Festrede zum 50. Geburtstag der Wipog hielt Hans-Wolfgang Pfeifer, der langjährige Sprecher der Geschäftsführung und spätere Aufsichtsratsvorsitzende der F.A.Z. Auch zum 60. Geburtstag der Wipog gab es eine Festrede. Sie wurde von einem späteren Geschäftsführer gehalten – Roland Gerschermann. Angesichts dieser prominenten Vorgänger weiß ich es umso mehr zu würdigen, dass Sie es heute einmal mit einem Herausgeber versuchen.

75 Jahre sind ein Alter, in dem es sich lohnt, einen Blick zurück zu werfen. 75 Jahre sind heute aber auch ein Alter, in dem es sich lohnt, einen Blick in die Zukunft zu werfen.

Beides möchte ich heute Abend tun. Denn nicht nur verdient die Wipog den Blick in den Rückspiegel. In der bekanntermaßen sehr bewegten, an Brüchen reichen Geschichte Deutschlands stellt ein nunmehr 73 Jahre alter demokratischer Staat wie die Bundesrepublik Deutschland eine rühmenswerte Ausnahme dar. Die Wipog darf daher, auch in aller Bescheidenheit, stolz darauf sein, zum Gelingen der Bundesrepublik Deutschland beigetragen zu haben.

Aber wir können uns gerade in unserer Zeit nicht auf einen Blick in die Vergangenheit beschränken. Gleich, ob wir von einer Zeitenwende oder von

einer Transformation sprechen – der Eindruck, in einer Epoche tiefgreifenden Wandels zu leben, in der sich die Zeit geradezu zu verdichten scheint, ist weit verbreitet. Diesen Herausforderungen werden wir uns stellen müssen – die Wipog ebenso wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung und alle anderen, die in der Sozialen Marktwirtschaft auch jene Kraft sehen, die zu einer guten Zukunft beitragen kann. Diese Überzeugung ist jedoch kein Selbstläufer. Wie vor rund einem Dreivierteljahrhundert sehen sich die Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft in der Öffentlichkeit einer Kombination aus Gegnerschaft und aus Indifferenz gegenüber.

Gleichwohl, und das wird die These meiner heutigen Ausführungen sein, werden wir die Zukunft nicht gewinnen, wenn wir sie alleine mit Mitteln aus der Vergangenheit suchen wollen. Die Geschichte der Menschheit kennt keinen Weg zurück in die Vergangenheit. Alle früheren Versuche von Restaurationen sind letztlich gescheitert – und dafür gibt es einen überzeugenden Grund.

Der Liberalismus und die Industrielle Revolution

Denn die größte Kraft der Veränderung in der Menschheitsgeschichte stellen weder gesellschaftliche Entwürfe noch politisches Handeln dar. Die größte Kraft der Veränderung in der Menschheitsgeschichte ist der technische Fortschritt, wie zuletzt der Ökonom Oded Galor in seinem vor gut einem halben Jahr auch in deutscher Sprache erschienenen bravourösen Buch „The Journey of Humanity - Die Reise der Menschheit durch die Jahrtausende“ eindrucksvoll beschrieben hat.

Nichts hat die Geschichte der Menschheit so sehr aus ihrer Jahrtausende währenden eher ruhigen und trägen Bahn geworfen wie die erste Industrielle Revolution, die im späten 18. Jahrhundert in Großbritannien ihren Anfang genommen hatte. Um den Traditionen der Sozialen Marktwirtschaft nachzuspüren, ist es hilfreich, sich einen Moment in diese Zeit zu begeben. Es ist auch die Zeit, in der Denker der Aufklärung, zum Beispiel in Schottland, liberale Ideen formulierten. Zu nennen wären beispielsweise David Hume und Adam Smith, der in seinem Meisterwerk „The Wealth of Nations“ über eine kritische Auseinandersetzung mit dem Merkantilismus Grundlagen der Marktwirtschaft entwickelte.

Die Industrielle Revolution brachte im 19. Jahrhundert den Liberalismus zu einer ersten Blüte, aber in ihr entstanden mit dem Marxismus – und noch

später dem Faschismus – auch die erbitterten Feinde des Liberalismus. Die Industrielle Revolution erzeugte die Voraussetzung für die erste, vom Goldstandard begleitete Globalisierung ebenso wie die – häufig rivalisierenden - Nationalstaaten. Die Industrielle Revolution schuf die Voraussetzungen für eine Blüte des Bürgertums und sie begünstigte die Herausbildung einer mächtigen Arbeiterklasse, aber sie drängte auch die traditionelle Heimarbeit zurück. Die Industrielle Revolution brachte wirtschaftlichen Wohlstand, zivilisatorischen und gesundheitlichen Fortschritt, eine erhebliche Steigerung der Bevölkerung, eine höhere Lebenserwartung und einen Rückgang der Kinderzahl.

Das 19. Jahrhundert war auch das Jahrhundert der Machtentfaltung, der politischen wie der wirtschaftlichen. Diese Welt des 19. Jahrhunderts fand ihr Ende im Ersten Weltkrieg, einem Morden, das in seiner bis dahin ungekannten Dimension auch nur durch den technischen Fortschritt und die industrielle Produktion von Kriegsgerät möglich geworden war.

Die Zwischenkriegszeit als Epoche der Unsicherheit, der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise sowie der im Vergleich zum Ersten Weltkrieg noch mörderischere Zweite Weltkrieg interessieren in unserem heutigen Zusammenhang nur in zweierlei Hinsicht. Wir konstatieren erstens das Scheitern einer deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, und ihre Ablösung durch eine schreckliche Diktatur. Und wir konstatieren in Deutschland, aber auch anderswo, Versuche, eine Ordnung zu definieren, die Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft wetterfest zu machen versteht. Zu erinnern wäre an das im August 1938 in Paris von dem amerikanischen Journalisten Walter Lippmann organisierte sogenannte Lippmann-Kolloquium, an dem unter anderem die deutschen – damals im türkischen Exil lebenden – Gelehrten Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow teilnahmen.

Damals sagte Lippmann: „Von Anfang an sehen wir uns mit einer grausamen Tatsache konfrontiert: Das Jahrhundert des Fortschritts hin zu Demokratie, Individualismus, wirtschaftlicher Freiheit und wissenschaftlichem Positivismus endete in der Epoche von Kriegen, von Revolution und von Reaktion. Aus diesem Grund bin ich der Meinung, dass wir nichts erreichen werden, wenn wir uns bei dem Gedanken beruhigen und wenn wir nach außen den Eindruck vermitteln, dass unser Ziel nur darin besteht, die Formeln des Liberalismus des 19. Jahrhunderts zu bekräftigen und wiederzubeleben. Für mich zumindest ist klar, dass die Freiheit nicht in der Hälfte der zivilisierten Welt ausgelöscht worden wäre und in der anderen Hälfte so gravierend beeinträchtigt, wenn der alte Liberalismus nicht wesentliche Mängel gehabt hätte. Und diesen

Liberalismus, vergessen wir es nicht, hatten sich die herrschenden Klassen aller großen Nationen der westlichen Zivilisation zu eigen gemacht. Gewiss, unter seiner Vorherrschaft sind große Dinge erreicht worden. Aber ebenso wahr ist, dass diese Philosophie nicht imstande war, zu überleben und ihren Bestand zu erhalten.“

Das Lippmann-Kolloquium hat Wege zu einem lebensfähigeren Liberalismus erwogen. Ein Gedanke lautete, dem Staat die Aufgabe zuzuordnen, die Regeln des Zusammenlebens in einer freien Gesellschaft zu sichern. Damals nannte man diese Konzeption „Neoliberalismus“ – ein Begriff, der längst von seinen Gegner okkupiert wurde. Entscheidend für uns ist, dass dieses Grundverständnis auch jenseits des Kolloquiums erörtert wurde – etwa im Rahmen der alten Schule von Chicago, im Rahmen der Freiburger Schule um Walter Eucken – und auch, um einen frühen Bogen zur Wipog zu schlagen, von Otto Klepper.

In einem Artikel aus dem Dezember 1936 schrieb Klepper, aus der Französischen Revolution sei die bürgerliche Gesellschaft, aus der Industriellen Revolution aber das Proletariat hervorgegangen, das vom Genuss der persönlichen Freiheit nicht habe profitieren können. Es könne keine wahre persönliche Freiheit ohne Gewähr für ein Mindestmaß an ökonomischer Unabhängigkeit geben. Klepper propagierte eine „Demokratie der Arbeitenden“, denn die politische Macht müsse in den Schichten des Volkes liegen, deren wesentliche Einkommensquelle die Arbeitskraft ist.

Anfänge der Sozialen Marktwirtschaft und der F.A.Z.

Als Klepper im Jahre 1947 nach Deutschland zurückkehrte, befand sich die Wipog gerade in der Phase ihrer Gründung. Schauen wir uns ihre Leitziele an, entdecken wir darin wesentliche Elemente der Sozialen Marktwirtschaft. Das sollte uns nicht erstaunen. Ludwig Erhard gehörte der Wipog an; Kontakte bestanden zu Wilhelm Röpke, von dessen Arbeiten Erhard beeinflusst war und es lassen sich in diesem Kreis auch Schüler Walter Euckens finden. In der Vorstellungswelt der Wipog finden wir einen Staat, der sich so weit wie möglich aus der Wirtschaft heraushält; eingreifen soll er dort, wo der Wettbewerb versagt.

Gefordert wurde somit eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss, um die sozialen Gegensätze im Inneren wie das Verhältnis zur Außenwelt dauerhaft zu

befrieden. Gleichwohl wurde die Wipog – auch dies sei nicht verschwiegen - von vielen Zeitgenossen als eine Vertretung von Unternehmerinteressen und als ein Gegengewicht zu den damals von Gewerkschaften und manchen Parteien vertretenen Auffassungen verstanden. Man denke nur an das Ahlener Programm der CDU von 1947, in dem deutliche Sympathien für den Sozialismus geäußert wurden.

Von allen Elementen der Sozialen Marktwirtschaft oder des Ordoliberalismus ist neben dem Plädoyer für freie Preise die Kampfansage an wirtschaftliche Macht mit Blick auf die deutsche Tradition, die ja zu einer Idealisierung von Macht neigte, im Nachhinein am bemerkenswertesten. Festgehalten werden sollte aber doch, wie sehr gerade die großen deutschen Industrieunternehmen auch damals dieser Beschränkung von Macht abwehrend gegenüberstanden. Es bedurfte langer und schwerer Kämpfe, in denen die F.A.Z. zur sogenannten „Brigade Erhard“ gezählt wurde, ehe im Jahre 1957 das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen zustande kam – und auch dieses Gesetz kannte viele Ausnahmeregelungen.

Die Wipog wusste von Beginn an um die Notwendigkeit, in der Demokratie und Marktwirtschaft entfremdeten deutschen Bevölkerung für die Idee der Sozialen Marktwirtschaft zu werben. Dies erklärt denn auch die Beteiligung der Wipog an der Gründung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Jahre 1949. Erwähnt sei, dass Erich Welter, der noch heute als Gründungsherausgeber im Impressum der F.A.Z. genannt wird, der Wipog angehört hatte. Die kurze Geschichte der Zusammenarbeit zwischen der Wipog und der F.A.Z. ist mehrfach, wenn auch durchaus mit unterschiedlichen Zwischentönen, geschildert worden. Geeint waren beide Institutionen in der Unterstützung der Sozialen Marktwirtschaft.

Im Dreieck zwischen der Wipog, den Geldgebern aus der Wirtschaft und den Herausgebern der F.A.Z. kam es gleichwohl wiederholt zu Spannungen. Der Würzburger Historiker Peter Hoeres, der vor einigen Jahren ein Buch über die Geschichte der F.A.Z. verfasst hat, bemerkte sinngemäß: Erst musste die Wipog die Unabhängigkeit der Zeitung gegenüber Geldgebern durchsetzen, dann mussten Alex Haffner, der Vorstandsvorsitzende von Salamander, und die Herausgeber der F.A.Z. gegen die Wipog und Otto Klepper schützen; später musste die F.A.Z. dann gegen die Geldgeber verteidigt werden.

Wer sich in die Details vertieft, findet neben zahlreichen Hinweisen auf atmosphärische Störungen auch Merkwürdigkeiten mit Blick auf moderne Corporate Governance: So war Otto Klepper, der stellvertretende Vorsitzender

der Wipog, vorübergehend gleichzeitig Geschäftsführer der F.A.Z. wie auch stellvertretender Vorsitzender ihres Verwaltungsrats. In gewisser Weise kontrollierte er sich damals selbst. Aus der Sicht eines aktuellen Herausgebers der Frankfurter Allgemeinen Zeitung konnte eine Konstruktion wohl nicht funktionieren, in der die Eigentümer eine publizistische Linie vorschreiben wollten, während gleichzeitig den Herausgebern publizistische Unabhängigkeit vertraglich zugesichert war. Auch dies lässt sich zumindest heute als ein Problem der Corporate Governance verstehen.

Wie auch immer: Die tragende Rolle der Wipog bei der Gründung der F.A.Z. darf keineswegs unterschätzt werden. Möglicherweise gäbe es die F.A.Z. ohne die Wipog nicht.

Die fünfziger Jahre werden gerne als die Glanzzeit der Sozialen Marktwirtschaft bezeichnet, aber schon in den sechziger Jahren wurde ihr Glanz matter und in den siebziger Jahren sah sie sich mit erheblichem Gegenwind konfrontiert. Woran lag dies? Im Nachhinein betrachtet lässt sich die erste Epoche der Nachkriegszeit in wirtschaftlicher Hinsicht als die Ankunft der gelegentlich als Fordismus bezeichneten standardisierten Massenproduktion von Konsumgütern in Europa verstehen. Zusammen mit dem Boom des Wiederaufbaus nach den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs entstand ein durch nachhaltige Produktivitätszuwächse gestütztes kräftiges Wirtschaftswachstum, dessen Dynamik eine Verteilung seiner Früchte auf Unternehmen und Beschäftigte erlaubte. Erhards Überzeugung, das Soziale in der Marktwirtschaft bestehe vor allem in den wachsenden Konsummöglichkeiten einer arbeitsamen Bevölkerung, sah sich in einem solchen Umfeld bestätigt. Beschrieben hatte Erhard diese Vision unter anderem in seinem Klassiker „Wohlstand für alle“. In dieser Hinsicht lässt sich das Godesberger Programm der SPD durchaus als ein Triumph Erhards als Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft verstehen. Viele Menschen sprachen damals, eigentlich etwas missverständlich, von einem „Wirtschaftswunder“.

Zusammen mit einem paternalistischen Gesellschaftsverständnis in den fünfziger Jahren entstand so die Vorstellung der Sozialen Marktwirtschaft als Ausprägung einer konservativ-liberal geprägten Ordnung. Wer jedoch Friedrich von Hayeks im Jahre 1960 erschienenen Aufsatz „Warum ich kein Konservativer bin“ gelesen hatte, konnte bereits ahnen, dass der vermeintlichen Idylle kein dauerhaftes Leben beschieden sein würde. Konservative und Liberale sind keine selbstverständlichen Hausgenossen.

Die Veränderungen der sechziger und siebziger Jahre hatten viel mit dem Ausbleiben weiteren bahnbrechenden technischen Fortschritts in der Industrie zu tun – der Fordismus hatte die tief hängenden Früchte längst gepflückt. Doch ausgerechnet zu einer Zeit, als sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschlechterten, änderten sich auch die Präferenzen vieler Menschen. Sie wollten nicht nur arbeiten, sondern auch das Leben genießen – und vor allem Neues kennenlernen, wozu die Öffnung der Grenzen beitrug. Elvis Presley hatte in den fünfziger Jahren den Anfang gemacht; wer heute beispielsweise alte Videos von frühen Auftritten der Beatles anschaut und die Ekstase - anders kann man es nicht bezeichnen – vieler junger Menschen registriert, versteht die wachsenden Akzeptanzprobleme der Adenauer-Republik beim Nachwuchs. Jede Generation entwickelt ihre eigenen Vorstellungen von einem guten Leben; diese Vorstellungen können sich von jenen ihrer Eltern deutlich unterscheiden.

Weil aus wirtschaftlicher Sicht nicht länger Milch und Honig flossen, um einen Buchtitel Jürgen Eicks, eines früheren Herausgebers der F.A.Z., zu zitieren, mussten die Gewerkschaften deutliche Lohnzuwächse auf dem Weg von Tarifaueinandersetzungen erstreiten. Der deutsche Ökonom Gottfried Bombach bemerkte damals sarkastisch: Die Gewerkschaften hatten das Wirtschaftswachstum verstanden, als es vorbei war. Um Konjunkturschwankungen zu minimieren und das langfristige Wirtschaftswachstum anzuregen, intervenierten die Staaten immer häufiger in Märkte – selten mit durchschlagendem Erfolg, aber dafür mit einem wachsenden Bestand an Staatsschulden.

Getrieben wurde die Staatsexpansion intellektuell durchaus durch einen sehr spezifischen technischen Fortschritt, der erst ganz allmählich die Industrie erreichte. Der Beginn der elektronischen Datenverarbeitung erleichterte die Sammlung und Verwendung von Daten für gesamtwirtschaftliche Analysen, was wiederum das Vertrauen in die Planbarkeit und Steuerbarkeit von Wirtschaftsabläufen stärkte. Der moderne Keynesianismus wäre ohne die Fortschritte in der Datenverarbeitung kaum vorstellbar. Erwähnt sei, dass Ludwig Erhard dieser Art von Fortschritt sehr kritisch gegenüber stand.

Gleichzeitig sorgte der Zugang einer großen Zahl junger Menschen zu Gymnasien und Universitäten zu einer stärkeren Durchdringung ehemals getrennter sozialer Schichten: In vielen Familien konnten Kinder erstmals Abitur machen und eine Universität besuchen. Die Auflösung traditioneller Bindungen an Institutionen – Familie, Kirche, Parteien, Vereine – begann damals; mittlerweile hat sie sich deutlich fortgesetzt. Produktivitätszuwächse wurden häufiger in Form von Arbeitszeitverkürzungen ausgezahlt. Mit den

fünfziger Jahren hatte diese Welt immer weniger zu tun. Dies ist natürlich auch der Wipog nicht verborgen geblieben. Auf ihrer Homepage heißt es: „Eine grundsätzliche Änderung der Wertorientierung ist unverkennbar. Die Individualisierung der Lebensverläufe geht damit einher, dass die ehemals normalen Arbeitsverhältnisse - männlich zentriert, 45 Jahre Vollzeitbeschäftigung, ein einzelnes Berufsbild u.a. - zum Ausnahmefall werden.“

Kurzum: Die Ermüdung des Fordismus ging mit einer Liberalisierung der Gesellschaft und einem stärker intervenierenden Staat einher, der sich als, um einen Begriff der damaligen Zeit zu benutzen, als „Reparaturbetrieb des Kapitalismus“ empfand und sich damit überforderte. Die Renaissance der Marktwirtschaft in den achtziger Jahren war die logische, aber aus Sicht von Kritikern nicht ausreichend nachhaltige Gegenbewegung.

Das Scheitern des Paternalismus

Nicht wenige frühe Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft und des Ordoliberalismus haben Unverständnis über diese Entwicklungen geäußert. Wie konnte man den erprobten Weg aus den fünfziger Jahren verlassen? Jürgen Eicks Buch „Als noch Milch und Honig flossen“ aus den frühen achtziger Jahren trug ja nicht zufällig den Untertitel „Erinnerungen an die Marktwirtschaft“.

Auch die Homepage der Wipog enthält eine solche Passage in diesem Geiste. In ihr wird beklagt, dass zunehmend auch von gesellschaftlichen Akteuren, in deren Mittelpunkt eigentlich die wirtschaftliche und soziale Entfaltung und die Eigenverantwortung stehen sollte, gegen die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft verstoßen werde. „Die jeweils eigenen Interessen werden ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl verfolgt,“ heißt es. Das sogenannte „Rent-Seeking“, um den ökonomischen Terminus Technicus zu gebrauchen, stellt fraglos ein arges Problem dar: Ein Verhalten von Marktakteuren, mit Hilfe wirtschaftspolitischer Privilegien das eigene Einkommen zu Lasten des Einkommens anderer Marktteilnehmer zu erhöhen, ist aus marktwirtschaftlicher Sicht natürlich eine Fehlentwicklung.

Was aus heutiger Sicht eher Fragen aufwirft, ist der für die frühen Jahrzehnte der Bundesrepublik nicht untypische Appell an ein Gemeinwohl. Handelt es sich hierbei um ein die Zeitläufte übergreifendes, objektivierbares Konzept – oder

um eine vage Ausprägung eines sehr deutschen Paternalismus? In einer Ausgabe der „Offenen Welt“, einer sehr lesenswerten Zeitschrift der Wipog, aus dem Jahre 1975 zum Thema „Überforderte Demokratie“ erinnert Hans-Jürgen Puhle an eine typisch „deutsche Tradition“ der „Innovation von oben“. Die Idee, eine Ordnung lasse sich von oben vorgeben und die Menschen müssten dann so angeleitet werden, dass sie sich nur innerhalb dieser Ordnung bewegen, lässt sich in Deutschland mindestens seit den Freiherrn von Stein und von Hardenberg im frühen 19. Jahrhundert nachweisen.

Sie findet sich in Arbeiten Otto Kleppers aus der Vorkriegszeit und in Ludwigs Erhards Idee einer „formierten Gesellschaft“ aus den frühen sechziger Jahren. Ludwig Erhard hatte eine der Hauptaufgaben der Wipog von Beginn an darin gesehen, den Geisteszustand der Deutschen zu verändern. Aus konservativer Sicht mögen solche Gedanken akzeptabel sein – aus einer liberalen Sicht sind sie es definitiv nicht. Alleine ein Begriff wie „formierte Gesellschaft“ müsste jeden Liberalen verzweifeln lassen. Wenn die bloße Existenz sozialer Normen, ohne die ein Gemeinwesen schlichtweg nicht funktionieren kann, für die Idee eines Gemeinwohls oder einer „formierten Gesellschaft“ ausreichen sollte, gäbe es indes kein ernsthaftes Problem. Darüber ist leicht eine Verständigung möglich. Wird aber eine ähnliche Präferenzordnungen der Bürger vorausgesetzt (wie mir scheint), wird es schwierig. Wir leben nicht länger in einer Gesellschaft, deren völlig nachvollziehbare Motivation einmal darin bestand, so schnell wie möglich das Bruttosozialprodukt zu steigern, um sich aus dem Elend der Nachkriegszeit zu befreien.

Heute wird häufig eine gespaltene Gesellschaft beklagt – für die Vorstellung einer Gemeinwohlorientierung wäre dies verheerend. Wie mein Herausgeberkollege Jürgen Kaube in einem gemeinsam mit dem Soziologen André Kieserling verfassten Buch schreibt, ist das Bild der gespaltenen Gesellschaft jedoch gänzlich unangemessen. Zunächst einmal wäre eine gespaltene Gesellschaft nur denkbar, wenn es zuvor eine nicht gespaltene, harmonische und konfliktfreie Gesellschaft gegeben hätte. Das ist eine Fiktion: Zumindest moderne Gesellschaften sind nicht so. „Tatsächlich ist Konflikt ihr Alltag, und in der Politik geht es nicht darum, ihn auszuschalten, sondern mit ihm umzugehen, ihn einzuhegen, ja ihn zu nutzen. Nur das passt zu einer Gesellschaft, in der Menschen nicht durch Ähnlichkeiten, sondern durch Unterschiede – wie sie etwa die Arbeitsteilung erzwingt – miteinander zusammenhängen“, schreibt Thomas Schmid in einer Rezension des Buches.

Mehr noch: Man kann in der Fähigkeit der offenen Gesellschaft, kontrovers über Sachthemen zu streiten, ja gerade eine Stärke sehen, weil sich auch auf

diese Weise dezentrales Wissen verbreitet. Vielfalt darf nicht (nur) als Gefahr verstanden werden, sondern als Chance. Autokratische Regime, die Angst vor der offenen Gesellschaft und vor Vielfalt besitzen, sind auf das zentral an der Spitze der Macht vorhandene Wissen angewiesen. Das ist ein wesentlicher Grund, warum, à la longue, offene Gesellschaften autokratischen Regimen überlegen bleiben.

Menschen in modernen offenen Gesellschaften wählen und äußern sich aus ganz unterschiedlichen Perspektiven: Mal als Arbeitnehmer oder als Rentner, mal als Klimabesorgte oder als Klimaunbesorgte, mal als Wohneigentümer oder als Mieter, mal als sicherheitsbewusster Bürger oder als Non-Konformist. Viele Menschen wählen aus einer Perspektive heute Partei A und morgen aus einer anderen Perspektive Partei B. Der Wechselwähler ist nach dieser Lesart kein entwurzelter, orientierungsloser Bürger, sondern ein flexibler Optimierer einer mehrdimensionalen Präferenzordnung. Wer soll in einer solchen Welt die Oberhoheit über den Begriff Gemeinwohl besitzen?

Ich neige zur die Kritik eines jüngeren Ordnungsökonomem wie Stefan Kolev, der den Glauben der Altmeister an den Nutzen einer exogen gesetzten, normativen Ordnung durch elitäre Experten als eine Verirrung nicht weniger früherer deutscher Ordnungsökonomem wahrnimmt und stattdessen auf den endogenen, evolutionären Charakter von Ordnungen verweist: Mit den Präferenzen der Menschen ändern sich ihre Vorstellungen von der optimalen Ordnung – und der demokratische Prozess gestattet die Änderung von Ordnungen im Zeitablauf – die Möglichkeit des Irrtums ist ausdrücklich eingeschlossen. Ein Extrembeispiel ist England, das nicht einmal über eine kodifizierte Verfassung verfügt, wohl aber über ein Gewohnheitsrecht.

Wenn wir auf die Entwicklung seit den sechziger Jahren blicken, können wir festhalten: Nicht das marktwirtschaftliche Denken und das Misstrauen in einen expandierenden Staat hat sich als überholt erwiesen. Das haben die Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft ebenso richtig gesehen wie die Repräsentanten des alten Liberalismus im 19. Jahrhundert. An der Liberalisierung der modernen Gesellschaft gescheitert sind hingegen, bei allem Respekt vor den Vorvätern, paternalistische Vorstellungen vom Funktionieren einer Gesellschaft, die, und dieser Punkt ist mir wichtig, für die Funktionsfähigkeit einer Marktwirtschaft keineswegs notwendig sind.

Der liberale Nobelpreisträger James Buchanan sagte einmal:
„*Konservatismus* und *Liberalismus* sind zwei unterschiedliche Blickwinkel, aus denen man das ganze Feld der menschlichen Interaktion betrachten und

bedenken kann, oder, noch grundsätzlicher, die Menschen, die interagieren. In meiner Interpretation hat der konservative Standpunkt bzw. die konservative Sichtweise mehr mit dem gemeinsam, was man unter dem Rubrum des Dirigismus oder des Paternalismus zusammenfasst, als mit dem klassischen Liberalismus. Und die andauernde Dominanz jener dirigistischen Haltung, die gemeinsam mit dem sie konterkarierenden Liberalisierungsdruck das Erbe sozialistischer Sehnsüchte antrat, hat die widersprüchliche Ethik hervorgebracht, mit der wir es zu tun haben.“

Die nächste Revolution

Während ich über die Vergangenheit spreche, ist längst die nächste Revolution unterwegs, die das Leben der Menschen über technischen Fortschritt ähnlich stark verändern könnte wie seinerzeit die Industrielle Revolution: Die digitale Revolution verändert nicht nur Produktionsprozesse in der Wirtschaft, wo sie tradierte Geschäftsmodelle bedroht und die Aussicht auf neue Geschäftsmodelle ermöglicht. Die Anwendungen unterschiedlichster Applikationen erleichtert das Leben und schafft neue Freiheiten und – etwa über zusätzlichen medizinischen Fortschritt – Aussicht auf ein längeres und besseres Leben. Moderne Kommunikationsmittel erlauben den Menschen die Teilnahme am globalen öffentlichen Diskurs auf eine früher unbekannte Weise – und zur Ironie dieser Freiheit gehört, dass ausgerechnet in einer Zeit, in der es jedem Menschen mit Internetzugang möglich ist, sich auf sozialen Medien zu äußern, besonders laut Klagen zu hören sind, man könne seine Meinung nicht mehr frei äußern.

Wir leben aber nicht nur in einer digitalen Revolution, sondern auch in einer Welt der Krisen, die sich an eine mehrere Jahrzehnte währende Zeit gesamtwirtschaftlicher Stabilität angeschlossen hat: 2007 bis 2009 durchschritten wir in einer globalen Finanzkrise, an die sich die Eurokrise anschloss. Unversehens mussten wir uns mit einer Pandemie auseinandersetzen, an die sich, verstärkt durch den imperialistischen Krieg Russlands gegen die Ukraine, Zweifel an der globalen Ordnung anschließen. Was heute viele Menschen bewegt, ist die trübe Aussicht auf einen Systemkonflikt zwischen Demokratien und autokratischen Regimen, der die Grundlagen der Weltwirtschaftsordnung erschüttert. Fragt man die Demoskopen, tritt für viele Menschen zumindest in Deutschland als wichtigstes Thema der Klimawandel hinzu.

Was bedeutet diese Welt der Unsicherheit für die Soziale Marktwirtschaft? Ich möchte im Folgenden mehrere Herausforderungen erwähnen, aber mit einer positiven Botschaft beginnen. Mag im öffentlichen Diskurs die Marktwirtschaft keine rechte Konjunktur haben, so steht es doch nicht schlecht um sie:

- Demoskopische Untersuchungen belegen ein gegenüber der Zeit vor zwanzig Jahren gewachsenes Vertrauen der Deutschen in die Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft wird vor allem für ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit geschätzt: Maßstab ist hier vor allem die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Menschen haben durchaus registriert, dass wir zumindest in den Jahren vor der Pandemie den höchsten Beschäftigungsstand in der Nachkriegsgeschichte hatten und die Arbeitslosigkeit gering war.
- Die Demoskopie zeigt ebenfalls, dass die Marktwirtschaft auch unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nicht als so schlecht angesehen wird, wie vor allem Kritiker auf der politischen Linken behaupten.
- Bis weit in die Wähler linker Parteien besitzen viele deutsche ein ausgeprägtes Verständnis für Leistungsgerechtigkeit. Die von der Union im Vermittlungsverfahren erreichten Änderungen am Bürgergeld werden nach Umfragen sogar von einer Mehrheit der Wähler von SPD, Grünen und Linkspartei gutgeheißen. Dass bei Sozialleistungen zum Fördern auch das Fordern gehört und dass sich Arbeit gegenüber leistungslosen Einkommen lohnen muss, weiß niemand besser als die Bezieher niedriger Arbeitseinkommen – traditionell einmal eine typische Wählerklientel der SPD. Diese – für die Wertschätzung der Marktwirtschaft eminent wichtige Einstellung lässt sich über die gesamte Geschichte der Bundesrepublik nachweisen. Kein gesellschaftlicher Wandel hat daran etwas ändern können. Allein deshalb ist mir für die Zukunft der Marktwirtschaft nicht bang.
- Interessanterweise zeigen neue Umfragen aus Deutschland, dass sich in der Bevölkerung die Inflationsfurcht etwas abbaut. Zwar erwarten die meisten Menschen für die absehbare Zukunft höhere Inflationsraten als in der Vergangenheit, aber die Auffassung ist weit verbreitet, dass die aktuelle Rate von rund 11 Prozent keinen Bestand haben wird. Das steht im Einklang mit Prognosen für das Jahr 2023 etwa von der Deutschen Bundesbank oder vom Sachverständigenrat. In diesem Zusammenhang ist das besser als erwartete Abschneiden der amerikanischen Demokraten in den Zwischenwahlen bemerkenswert. Vor den Wahlen wurde weithin erwartet, dass die Wähler die Demokraten vor allem mit

Blick auf die auch in den Vereinigten Staaten sehr hohe Inflationsrate abstrafen. Tatsächlich aber haben die Demokraten ihre Mehrheit im Senat verteidigt und auch wenn die Mehrheit im Repräsentantenhaus verloren ging, gewannen die Republikaner dort deutlich weniger Mandate als prognostiziert. Inflation ist und bleibt natürlich ein arges Problem und Ärgernis, aber unsere Geldordnung wird trotz der hohen Inflationsrate nicht in Frage gestellt.

- Gerade junge Menschen, die in der Ära der Krisen aufgewachsen sind, besitzen ein waches Verständnis von den Grenzen des Staatshandelns. Wir hatten darüber kürzlich einen interessanten Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Und während es in den vergangenen Jahrzehnten nicht recht gelang, die Deutschen für die Aktienanlage zu begeistern (selbst die Niedrigzinsphase hat daran nur wenig geändert), ist es für viele junge Menschen selbstverständlich, per Smartphone rasch und ohne großen Aufwand und Kosten Börsengeschäfte zu betreiben. Auch hier sehen wir, wie technischer Fortschritt Verhaltensweisen der Menschen beeinflusst. Paternalismus gilt auch hier als überholt.
- Generell sind viele Staaten als Krisenbekämpfer an ihre Grenzen geraten. Staatliche Infrastruktur wird gerade in Deutschland als ineffizient wahrgenommen; die Bürokratie erscheint zunehmend als Hemmnis. Alleine deswegen könnte – wie Ende der siebziger Jahre – eine Renaissance der Marktwirtschaft bevorstehen.

Herausforderungen der Zukunft

Die Herausforderungen, denen sich die Soziale Marktwirtschaft gegenüber sieht, sind sehr zahlreich. Die nachfolgende Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit:

- Adam Smith hatte schon in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die äußere wie die innere Sicherheit als eine Kernaufgabe des Staates bezeichnet. Dies gilt auch weiterhin. Speziell die Bedeutung der äußeren Sicherheit ist in Deutschland in den vergangenen Jahren jedoch verloren gegangen; die Bundeswehr wurde von vielen Menschen als eine dem Technischen Hilfswerk ähnliche Institution wahrgenommen. Nach einem bekannten Bonmot der Politologin Constanze Stelzenmüller hatte Deutschland seine äußere Sicherheit an die Vereinigten Staaten

ausgelagert. Die Weigerung, sich dem Ziel der Nato, jährlich 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, führte zur Situation, dass der Generalinspekteur des Heeres zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs in der Ukraine das Heer wörtlich als „blank“ bezeichnet hat. Alleine um die Munitionsvorräte aufzufüllen, bedürfte es Ausgaben von rund 20 Milliarden Euro. In einer Welt, in der auf die Dauer ein amerikanisches Engagement in Europa nicht einfach fortgeschrieben werden kann, wird Deutschland auf Dauer mehr Geld für sein Militär ausgeben müssen. Das werden notwendigerweise Staatsausgaben sein.

- Äußere Sicherheit beschränkt sich nicht auf die Ausrüstung der Streitkräfte. Sie reicht weit in Bereiche der Infrastruktur und der digitalen Wirtschaft hinein – die Diskussion um eine chinesische Beteiligung an einem Hamburger Hafenterminal und um die Rolle von Huawei für digitale Infrastruktur bilden aktuelle Beispiele. Wie bei allen Externalitäten stellt sich für eine Marktwirtschaft die Frage, inwieweit Einschränkungen vom Prinzip des freien Wirtschaftens durch höhere Ziele rechtfertigt werden können. Äußere Sicherheit als höheres Ziel ist weitgehend unumstritten, da ein nicht im Paradies angesiedeltes Gemeinwesen der äußeren Sicherheit bedarf. Aber die Frage, wie weit die Einschränkungen reichen, dürfte nicht leicht zu beantworten sein. Jede Abkehr vom Freihandel erzeugt wirtschaftliche Kosten, zum Beispiel durch die Heimholung von Produktion oder durch vergrößerte Lagerhaltung. Besonders hoch werden die Kosten, wenn durch *den* Ausschluss ausländischer Wettbewerber heimische Monopole entstehen. Selbstverständlich werden Politiker den Vorwand nationaler oder europäischer Souveränität nutzen, um hoch fliegende industriepolitische Projekte voranzutreiben. Beispiele lassen sich gerade auf europäischer Ebene leicht finden.
- Die Globalisierung gerät aber auch in einem größeren Zusammenhang in schwere See. Nicht zufällig wurde die erste Globalisierung im 19. Jahrhundert von der *Pax Britannica* begleitet und die zweite Globalisierung nach dem Zweiten Weltkrieg von der *Pax Americana*. Nach der „Theorie hegemonialer Stabilität“, die unter anderem von dem Ökonom Albert Hirschman und den Wirtschaftshistoriker Charles Kindleberger stammt, besteht zwischen der Organisation der internationalen politischen Ordnung und der wirtschaftlichen Ordnung ein Zusammenhang. Dank seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht stellt ein Hegemon eine für ihn wirtschaftlich vorteilhafte globale Freihandelsordnung bereit. Aus der Sicht anderer Länder handelt es sich um eine Art öffentliches Gut, an dem sie zu ihrem

Vorteil teilnehmen können, ohne zum Aufbau dieser Ordnung beizutragen. Im Grunde verhalten sie sich wie Trittbrettfahrer. Die Situation ändert sich aber schlagartig, wenn an die Stelle des Hegemonen rivalisierende Staaten treten – zum Beispiel derzeit die Vereinigten Staaten und die Volksrepublik China. (Aus historischer Sicht erinnert die heutige Rivalität zwischen den USA und China übrigens an die Rivalität zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich Ende des 19. Jahrhunderts.) In einer solchen Lage vermag kein einzelner Staat eine globale Freihandelsordnung zu garantieren, an denen sich kleinere Länder beteiligen. Für sie eignet sich die Rolle des Trittbrettfahrers nicht mehr. Die geopolitische Rivalität gibt Anreize, sich durch eine stärker national geprägte Außenhandelspolitik knappe Ressourcen zu Lasten anderer Länder zu verschaffen. Eine marktwirtschaftliche Politik wird versuchen, so viel Freihandel wie möglich zu bewahren, allerdings bedarf es genauer Überlegungen über die Anwendbarkeit handelspolitischer Instrumente. So stellt sich die Frage nach dem Prinzip der Reziprozität in bilateralen Handelsverträgen, die an die Stelle einer multilateralen Handelsordnung treten könnten.

- Eine komplizierte Frage betrifft die künftige Rolle des Staates in seiner Funktion als Versicherer. Aus der ökonomischen Theorie ist bekannt, dass Versicherungen gesamtwirtschaftlich nützlich sind, allerdings ist der Markt nicht in der Lage, alle gesamtwirtschaftlich nützlichen Versicherungen anzubieten. Ein aktuelles Beispiel bildet die Betriebsausfallversicherung im Falle einer Pandemie: Sie kann von keiner privaten Versicherung angeboten werden, weil bei einer Pandemie alle Versicherungsnehmer gleichzeitig den Schadensfall anmelden. In den Krisen seit 2007 haben sich die Notenbanken, zum Teil flankiert von den Regierungen, als eine Art Versicherer gegen gesamtwirtschaftliche Großrisiken betätigt, unter anderem durch die Auflegung von Wertpapieranleihekaufprogrammen. Damit übernehmen die Notenbanken die Aufgabe des „Kreditgebers der letzten Instanz“, die aus dem 19. Jahrhundert bekannt ist. Allerdings stellt sich neben der Frage, inwieweit diese Aufgabe mit den Mandaten der Notenbanken vereinbar ist, wie bei jeder Versicherung die Frage nach dem Ausnutzen der Leistung des Versicherers („Moral Hazard“). Da Notenbanken schneller reagieren können als Staaten mit ihren Haushalten und viele Staatshaushalte sehr angespannt sind, stellt sich die Frage nach der Wahrnehmung dieser Versicherungsfunktion in der Zukunft. Hinweise auf eine Lösung könnte die von dem Ökonomen Markus Brunnermeier stammende Theorie der Resilienz geben: Sie stellt nicht darauf ab, Krisen

zu vermeiden. Sie stellt darauf ab, Volkswirtschaften so flexibel zu organisieren, dass sie nach kleineren Krisen von selbst wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren. Lediglich in sehr großen Krisen müsste dann noch der Staat eingreifen, aber wie dies am optimalsten geschieht, bleibt ein Thema für Diskussionen.

- Die Soziale Marktwirtschaft muss einen Weg finden, das Thema Klimawandel zu behandeln, ohne es weiter vor allem jenen Kräften zu überlassen, die zumindest im öffentlichen Diskurs das Thema in erster Linie durch Verbote, Lenkungen und Einschränkungen behandelt sehen wollen und damit einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden in Kauf nehmen. Mit einer weiteren Verdrängung oder Verweigerung dieses Themas oder eine Delegation an eine politische Diaspora schadete sich die Soziale Marktwirtschaft selbst, zumal das Thema Klimawandel längst in Märkten angekommen ist: Alleine in Deutschland beläuft sich das Volumen nachhaltiger Kapitalanlagen auf rund 500 Milliarden Euro – Tendenz steigend. Viele große institutionelle Kapitalanleger – private wie staatliche – haben das Thema auf ihrer Agenda weit oben und üben wirtschaftlichen Druck auf Unternehmen aus, ihren Verbrauch von Treibhausgasen rasch zu reduzieren. Großunternehmen investieren Milliarden in Off-Shore-Windanlagen in der Nordsee. Am Arbeitsmarkt müssen sich Arbeitgeber darauf einstellen, in Bewerbungsgesprächen auf die CO₂-Bilanz des eigenen Unternehmens angesprochen zu werden. Währenddessen passen Millionen Menschen ihre Konsumgewohnheiten zumindest langsam an. Eine Marktwirtschaft ist am ehesten in der Lage, mit dem Thema Klimawandel sachgerecht umzugehen. Das ökonomische Prinzip der Internalisierung externer Effekte steht seit Jahrzehnten in wohl allen ökonomischen Lehrbüchern. Eine der vielversprechendsten Strategien besteht darin, auf Innovationen zu setzen, die in einem marktwirtschaftlichen Klima am ehesten gedeihen und die ihre größten Effekte erzielen können, wenn sie in jenen Ländern Anwendung finden, die derzeit die höchsten Emissionen von Treibhausgasen aufweisen. Die besten ökonomischen Instrumente, etwa Emissionszertifikate, und die besten ökonomischen globalen Strategien, zum Beispiel die Gründung von Klimaclubs, sind seit langem bekannt. Eine sehr gute Einführung aus marktwirtschaftlicher Sicht bietet ein aktuelles Buch von Achim Wambach.
- Jede Veränderung hinterlässt auch Verlierer und Phasen technischen Wandels bilden keine Ausnahme. Schon im frühen 19. Jahrhundert beschäftigte sich der britische Ökonom David Ricardo mit dem sogenannten Maschinenproblem – also der Frage, ob der technische

Fortschritte Arbeitsplätze vernichtet. Wir wissen längst, dass dies per Saldo nicht der Fall ist – technischer Fortschritt kann mit einer wachsenden Beschäftigtenzahl einher, aber unbestritten kann technischer Fortschritt in einzelnen Wirtschaftszweigen Arbeitsplätze vernichten – oder sie in Ländern mit niedrigeren Produktionskosten entstehen lassen. Insofern kennt jeder Wandel auch Verlierer – die indessen ihr Los nicht tatenlos hinnehmen müssen, weil sie ein Wahlrecht besitzen. Auch unter liberalen Ökonomen ist die Ansicht weit verbreitet, dass Menschen, die in einem solchen Prozess ihren Arbeitsplatz verlieren, nicht nur mit Geld geholfen werden sollte, sondern dass der Staat ein Interesse haben sollte, bei der Bildung neuer beruflicher Qualifikationen zu helfen. Doch selbst in einer Zeit, in der Arbeit knapp ist, finden zahlreiche Menschen den Weg in den Arbeitsprozess nicht. Hier ein erhebliches Enttäuschungspotential. Gleichzeitig sollte eine auch durch den demografischen Wandel bedingte Knappheit an Arbeit Anlass für eine an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts ausgerichtete Einwanderungspolitik geben, die viele andere Länder seit Jahren verfolgen, die in Deutschland aber bisher nicht zielgerichtet auf der Agenda steht. Es wird erheblicher Anstrengungen bedürfen, die aus diesen Entwicklungen sich ableitenden gesellschaftlichen Konfliktpotentiale auf eine vernünftige Weise zu managen – und es ist fraglos leichter, dieses Problem anzureißen, als eine überzeugende Lösung zu präsentieren.

- Der demografische Wandel wird aber noch in einer anderen Hinsicht zur vielleicht größten Herausforderung der kommenden Jahrzehnte. Alternde Gesellschaften – und das Nachfolgende ist kein Vorwurf; ganz offensichtlich gehöre ich auch zur Generation der nicht mehr jungen ehemaligen Babyboomer – neigen zu einem strukturkonservativen Verhalten, weil sich ein wachsender Teil der Wähler in einer Altersgruppe befindet, in der eine notwendigerweise nicht genau vorhersehbare Transformation möglicherweise eher als Bedrohung eines vorhandenen Status denn als eine Chance für die eigene Zukunft begriffen wird. Das Ergreifen von Chancen, die jede Transformation auch bietet, gelingt am ehesten jungen, gut ausgebildeten Menschen. Die Demografie wirkt sich aber auch handfest in anderer Hinsicht aus: Bis zum Jahre 2035 werden in Deutschland rund sieben Millionen Arbeitskräfte aus demografischen Gründen verloren gehen. Gelingt es nicht, diese Lücke durch eine Kombination von technischem Fortschritt und Einwanderung zu schließen, wird sich das wirtschaftliche Wachstumspotential Deutschlands noch weiter reduzieren. Schon heute

beträgt das jährliche Potentialwachstum kaum mehr als 1 Prozent – was angesichts der demografie- und klimabedingt absehbaren finanziellen Belastungen erschreckend wenig ist.

Es bleibt somit viel zu tun, um die Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, mit Erfolg anzupacken. Eine Soziale Marktwirtschaft, die sich nicht als ein vor allem der Vergangenheit verpflichtetes Relikt, sondern als eine der Zukunft zugewandte, anpassungsfähige Ordnung erweist, wird einen Beitrag leisten können, um diese Herausforderungen zu meistern. Dafür aber wird es notwendig sein, für die Soziale Marktwirtschaft zu werben. Das wird auch in Zukunft eine Aufgabe für die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 und die Frankfurter Allgemeine Zeitung sein.

Diese Aufgabe wird Zeit und Geduld und Hartnäckigkeit erfordern. Mit raschen Ergebnissen ist nicht notwendigerweise zu rechnen.

Astrid von Pufendorf Biografie Otto Kleppers enthält jedoch eine Weisheit des Rabbi Tirfon, die uns als Motto dienen kann:

„Die ist es nicht aufgegeben, das Werk zu vollenden. Aber Dir ist nicht die Freiheit gegeben, Dich Deiner Aufgabe zu entziehen.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Festvortrag zum 75. Geburtstag der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947. Gehalten am 29. November 2022 in der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt. Gerald Braunberger ist Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Literatur:

Audier, Serge / Reinhoudt, Jürgen (2019): Neoliberalismus. Wie alles anfang: Das Walter Lippmann Kolloquium. (Kursbuch)

Braunberger, Gerald (2019): Bismarcks langer Schatten. F.A.Z. vom 17. März 2019

Braunberger, Gerald / Brunnermeier, Markus (2013): Geldpolitik im Teufelskreis, F.A.Z. vom 18. April 2013

Braunberger, Gerald / Brunnermeier, Markus / Reis, Ricardo (2014): Ein Crashkurs für die Euro-Krise, F.A.Z. vom 17. Januar 2014

Brunnermeier, Markus (2021): Die resiliente Gesellschaft (Aufbau)

Buchanan, James (2016): Warum auch ich kein Konservativer bin (Schweizer Monat, Ausgabe 1039)

Eick, Jürgen (1982): Als noch Milch und Honig flossen (DVA)

Erhard, Ludwig (2020): Wohlstand für alle (Econ)

Galor, Oded (2022): „The Journey of Humanity - Die Reise der Menschheit durch die Jahrtausende“ (dtv)

Hayek, Friedrich August von (2005): Die Verfassung der Freiheit (Mohr Siebeck)

Hoeres, Peter (2019): Zeitung für Deutschland: Die Geschichte der FAZ (Benevento)

Kolev, Stefan (2017): Neoliberale Staatsverständnisse im Vergleich, 2. Auflage (De Gruyter Oldenbourg)

Puhle, Hans-Jürgen (1975): Innovation von oben. Zur deutschen Tradition (Offene Welt Ausgabe 103)

Pufendorf, Astrid von (2015): Mut zur Utopie: Otto Klepper – Ein Mensch zwischen den Zeiten (Societäts-Verlag)

Smith, Adam (2013): Untersuchung über Ursachen und Wesen des Reichtums der Völker (Mohr Siebeck)

Wambach, Achim (2022): Klima muss sich lohnen (Herder)

Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 (2022): Homepage: www.wipog.de